



des Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dimker).

Ar. 11.

Berlin, den 15. März 1901.

XII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an R. Wahlke, Berlin O., Müncheberger-Straße 15, Geldsendungen an G. Gahner, Berlin O., Müncheberger-Straße 15, zu adressieren.

Sozialpolitik.

In den parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten regt sich in erfreulicher Weise im Sinne einer forschreitenden Entwicklung unserer Sozialpolitik. In der hessischen Kammer hat jüngst der Minister des Innern einen Aufschluß gegeben über die sozialpolitischen Arbeiten im Deutschen Reich. Danach beschäftigt jetzt die Regierung in erster Linie die Frage der Rechtsfähigkeit der Arbeiterorganisationen.

Es sind in dieser Angelegenheit Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen im Gange, über deren gegenwärtigen Stand Näheres noch nicht bekannt ist. Hessen selbst, der vielleicht am meisten fortschrittlich regierte Bundesstaat, hat, was seinerzeit großes Aufsehen erregte, einen energischen Schritt zu der praktischen Anerkennung der Arbeiterorganisationen gemacht, indem es alle staatlichen Druckereien und Ämter ausdrücklich nur solchen Firmen zuertheilte, die den Buchdruckerarbeitsvertrag anerkennen. Diese Maßnahme hat, wie jetzt in der Kammer mitgetheilt wurde, zur Folge gehabt, daß im ganzen Großherzogthum nur noch verschwindend wenig Druckereien der Tarifgemeinschaft nicht angehören.

Die verbündeten Regierungen beschäftigen sich ferner mit der Frage der Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabriken und die sehr weitgehenden hessischen Vorschläge haben, wie das hessische Ministerium versichert, gute Aussichten auf Annahme im Bundesrat. Dem Reichstage dürfte schon im nächsten Winter eine entsprechende Vorlage zugehen. Auch wegen einer weiteren Einschränkung der Frauenarbeit, namentlich in gesundheitsschädlichen Betrieben, hat Hessen scharfe Bestimmungen vorgeschlagen.

Von sozialpolitischen Fragen, welche die Einzelregierungen zu lösen haben, ist diejenige, die zur Zeit alle Regierungen beschäftigt, die der Beseitigung des Wohnungselends. In Hessen wird ein Wohnungsgesetz bereits in nächster Zeit der Kammer zugehen, es soll eine schärfere Durchführung der Wohnungspolizei auch auf dem Lande und die Heranziehung der Landeskreditkassen zur Förderung des Baues von billigen Kleinwohnungen zum Gegenstand haben.

Die Wohnungsfrage beschäftigt übrigens nicht allein die hessische Regierung, auch in Bayern und Preußen thut sich da was. So hat in Halle a. S. eine Erhebung über die Wohnungsverhältnisse stattgefunden. Es stellte sich nach derselben heraus, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen bis zu 300 Mark seit 1892/93 stark zurückgegangen ist, während die Gesamtzahl der Wohnungen dauernd gestiegen ist. Die Armenverwaltung hat seit 1½ Jahren neben dem Obdachlosenasyl weitere Räume auch in Privaträumen, Choleraaraten u. s. w. in Anspruch nehmen müssen und zwar hat es sich dabei auch um Familien gehandelt, die zahlungswillig und zahlungsfähig waren, besonders Familien mit vielen Kindern. Die Wohnungsverhältnisse haben sich sehr verschlechtert, in einem einzigen Polizeirevier fanden sich 148 ungesunde und räumlich unzureichende Wohnungen, von denen

gleichwohl 32 mehr als ein Fünftel des Einkommens der Miether beanspruchten. In vielen von ihnen schlafen die Eltern mit ihren über 14 Jahre alten Kindern beiderlei Geschlechts zusammen. In einer Wohnung schließen zum Beispiel drei über 14 Jahre alte Mädchen zusammen mit ihren Eltern in einer Stube von 34 Kubikmeter Rauminhalt, und in einer anderen sogar drei Söhne von 10 bis 24 Jahren und zwei Töchter von 13 und 19 Jahren mit ihrer Mutter in einem Zimmer von nur 25 Kubikmeter Rauminhalt. Da thut also Abhilfe dringend Noth!

Andere Städte haben für diesen Zweck bekanntlich schon leidlich hohe Summen ausgeworfen. Nürnberg hat 35 000 Mark zur Durchführung einer allgemeinen Wohnungsuntersuchung bewilligt, Köln hat beschlossen, die Straßenausbaukosten bei Errichtung von Arbeiterhäusern auf 50 Prozent zu ermäßigen, Kiel hat städtisches Terrain zu billigen Preisen, sowie Hypotheken innerhalb des letzten Drittels des Gemeinwerthes zum Bau großer Arbeiterhäuser hergegeben, in Magdeburg hat der Magistrat die Aufnahme von Darlehen seitens der Stadt zwecks Weitergabe an Darlehensnehmer, die Arbeiterwohnhäuser bauen wollen, beantragt, Berlin hat eine Stiftung von 1 000 000 M. zur Errichtung von Arbeiterwohnhäusern begründet, Düsseldorf hat die Aufnahme einer Anleihe von 20 000 000 M. zur Errichtung eines Fonds zur Förderung des Baues kleiner und mittlerer Wohnungen beschlossen. Der Bericht bezieht sich auf die Zusammenstellung der Stadt Mannheim aus dem Mai 1899.

Die Verwaltungen all' dieser Städte haben sich nach dieser Richtung für das durch das Bürgerliche Gesetzbuch eingeführte Erbbaurecht entschieden, wie es zuletzt erst in Frankfurt a. M. angeregt worden ist. Die Stadtgemeinde braucht dabei keine fühlbaren Opfer zu bringen, sie hat sogar zunächst eine Mehreinnahme. Die private Baufähigkeit soll durch öffentliche Ausschreibung des fraglichen Terrains herangezogen werden. Die Bedingungen, die den Erbbauberechtigten auferlegt werden sollen, verlangen zunächst, daß keine Hinter- und Seitengebäude errichtet werden, und daß das einzelne Wohngebäude der Regel nach nicht mehr als zwölf Wohnungen enthalte, die Wohnung zu drei, ausnahmsweise vier Wohträumen, einschließlich Küche. Jede Wohnung muß mit einem besonderen Abort versehen sein. Die Straßenausbaukosten trägt die Gemeinde, die Höhe der Mietpreise ist nicht begrenzt. Das Erbbaurecht wird für den Zeitraum von 70 Jahren (in Frankfurt waren 80 Jahre in Aussicht genommen) bestellt. Wird das Erbbaurecht aufgehoben, so hat die Gemeinde den Erbbauberechtigten während der ersten 45 Jahre der Dauer des Erbbaurechtes den vollen Werth der auf dem Grundstücke vorhandenen Baulichkeiten und Anlagen zu ersetzen.

Die Beleihungsfähigkeit dieses Erbbaurechtes soll günstig beeinflußt werden. Der Erbbauberechtigte muß den Bau binnen zwei Jahren nach dem Vertragsabschluß vollenden. Der Erbbaupreis ist auf 15 Pfennig bezüglichlich 10 Pfennig für den Quadratmeter der vorläufig in Aussicht genommenen Baustellen bemessen. Besondere

Wünsche der Bewerber können berücksichtigt werden. Die Frage der Geldbeschaffung wäre zu lösen, wenn man Banken- und Versicherungsanstalten zur Hergabe von Darlehen gegen die übliche Sicherheit heranzöge.

Im Großen Ganzen also steht die Sache nicht hoffnungslos. Die Hauptsache, daß Behörden und Regierungen überhaupt sich mit derselben so eingehend beschäftigen, ist schon ein Erfolg. In Nebendingen wird sich dann leicht eine Verständigung erzielen lassen.

Rundschau.

In Berlin bereiten sich größere Lohnbewegungen der Arbeiter vor. Die Maler haben beschlossen, in den Ausland zu treten, weil die Innung die geforderte Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt hat. Es ist den Vertrauensleuten aufgetragen worden, die Forderungen auf geeignetem Wege durchzusetzen. Auch die Masschneider haben sich ihren Kollegen von der Kostümbranche angelassen und treten wiederum in eine Lohnbewegung ein. Die Einführung der Tarife, durch die im vorigen Jahr eine Besserung in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wurde, soll von verschiedenen Geschäften fallen gelassen werden sein. Auch in der Metallindustrie stehen größere Lohnbewegungen in Aussicht, die sich auf die Durchführung des Neunstundentages und die Beseitigung der Nebenstunden beziehen.

Einen für alle Zwangs-Innungen wichtigen Beschluss hat die ständige städtische Gewerbe-Deputation gefaßt. Die Berliner Tischler-Innung hatte vor einiger Zeit beschlossen, zwangsweise für alle Mitglieder sogenannte Kontrollbücher (Werftäten-Arbeitsordnungen) einzuführen, nachdem wegen der allgemeinen Einführung dieser Bücher ein Vergleich zwischen den Tischlern und Berufsgenossen einerseits und den beteiligten Arbeitgebern andererseits vor dem Berliner Einigungsamt zu Stande gekommen war, wonach diese Kontrollbücher nicht als „schwarz“ gelten sollten. Die Innung hat es dann den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, bei der Entlassung von Arbeitern dem Vorstande über die Gründe der Entlassung Auskunft zu geben. Der Innung-Gesellenausschuß hat vergeblich gegen den Beschluss Beschwerde erhoben, weshalb die beteiligten Arbeiter sich beschwerdeführend an die Gewerbe-Deputation wandten. Diese hat nach eingehender Beratung und Erörterung beschlossen, die Tischler-Zwangsinnung um Aufhebung des erwähnten Beschlusses aufzufordern, weil er mit dem bestehenden Gesetz unvereinbar ist. Die übrigen Zwangsinnungen, die dem Beispiel der Tischler-Innung folgen wollten, werden nun wohl von einem ähnlichen ungesezlichen Beschluss Abstand nehmen. Ferner wurde beschlossen, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu ersuchen, wegen der Bekanntmachung des Oberpräsidenten über die Aufbringung der Kosten der Handwerkerkammer zu Berlin einen Modus festzusetzen, nach dem diese Kosten von dem Beteiligten im Wege des Umlageverfahrens eingezogen werden können.

Vom Zwangskrach. In Kiel sind die Zwangsinnungen der Barbiere, der Schneider und der Schuhmacher wieder aufgelöst worden und an ihre Stelle freie Innungen getreten. Jetzt soll auch die Zwangsinnung der Maler aufgelöst werden. In Niederkirchen sind die Zwangsinnungen der Bauhandwerksmeister und Bäcker bereits von diesem Schicksal ereilt worden, nun geht auch die Schlächterinnung ihrem Ende entgegen. In der Generalversammlung, welche die Auflösung beschloß, stimmte nur ein Mitglied dagegen. In Pirna wird die Schneiderzwangsinnung am 25. d. Mts. in außerordentlicher Generalversammlung über den Antrag „auf Auflösung der Innung“ zu berathen haben. Eine bereits zu diesem Zwecke einberufene Versammlung war, da nicht Dreiviertel aller Innungsmitglieder zu derselben erschienen, beschlußfähig. Dem verfehlten Dasein dürfte also bald das erlösende Ende folgen.

603 741 Invalidenrenten wurden seit dem 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember 1900 von den 31 Versicherungs-Abstallen und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligt. Davon sind in Folge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus andern Gründen weggefallen 198 404, sodass am 1. Januar 1901 ließen 405 337 gegen 386 684 am 1. Oktober 1900. Die Zahl der während derselben Zeitraums bewilligten Alterrente betrug **375 122**. Davon sind in Folge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 186 650, sodass am 1. Januar 1901 ließen 188 472 gegen 190 116 am 1. Oktober 1900. Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt 6677. Davon in Folge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen 1559, sodass am 1. Januar 1901 ließen 5118 gegen 3988 am 1. Oktober 1900. Beitragsentnahmen sind bis zum 31. Dezember 1900 bewilligt; a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 384 673 gegen 540 266, b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd

erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 234 gegen 198, c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 131 923 gegen 124 521, zusammen **716 830** gegen 664 984 bis zum 30. September 1900.

Zum Konflikt zwischen den Verbandssezern und der „Leipziger Volkszeitung“ ist zwar ein ganzer Frieden noch nicht geschlossen worden, die Fortsetzung des Krieges ist aber auch nicht proklamiert worden. Eine Mitgliederversammlung der Leipziger Verbandsbuchdrucker befürte sich mit dem Streit und stimmte einer Resolution zu, wonach der Vermittlungsvorschlag der sozialdemokratischen Parteileitung abzulehnen sei, weil darin nicht erfüllt werde, was als zu Recht anerkannt sei, ferner um die Ehre der Organisation zu wahren und in der Annahme, daß sich nach der Annahme wieder neue Konflikte ergeben würden. — Da keine Aussicht vorhanden sei, durch Fortsetzung des Kampfes das Ziel zu erreichen und weil der Parteivorstand nicht die Macht habe, dem Rechtsstandpunkte bei seinen Genossen Geltung zu verschaffen, so soll im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft der Kampf in der bisher geführten Weise eingestellt, die „Leipziger Volkszeitung“ für Verbandsbuchdrucker aber gesperrt bleiben. — Damit dürfte die Angelegenheit wohl langsam im Sande verlaufen!

Die entsetzliche Phosphorkrankheit in einzelnen Theilen Thüringens ist Dank dem Einschreiten der Behörden im A b n e h m e begriffen. Während in den Jahren 1888/96 24 Fälle von Phosphornekrose aus dem Orte Neustadt a. Reinweg in der Universitätsklinik in Jena behandelt wurden, kamen von 1896 bis einschließlich 1900 nur 11 Fälle zur Behandlung. Die Jahresdurchschnittsziffer ist demnach von 3 auf 2,2 gesunken. 1898, 1899 und 1900 kamen insgesamt 4 Fälle vor, im Jahresdurchschnitt 1,3. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die Meiningen Regierung die Gewerbescheine für den Haushandel mit Phosphorfabrikaten verweigert, den Verkauf von Phosphor unter Kontrolle gestellt hat und zur Unterdrückung der bezüglichen Haushaltsschaffung streng vorgeht.

Die Frage der Arbeitslosen-Versicherung verschwindet nicht mehr von der Bildfläche. Jetzt bespricht Dr. Buschmann-Heidelberg diese Frage in der Münchener Allgem. Ztg. und kommt zu dem Schluss, daß trotz der Arbeitslosen-Unterstützung u. s. w. der Arbeitervereinigungen die große Masse der Arbeiterschaft, insbesondere die ungeliebte, nach wie vor bei eintretender Arbeitslosigkeit ihrem Schicksal überlassen ist. Die Erfahrungen dieses Winters haben nämlich wiederum gezeigt, daß selbst eine bedeutende Ausbreitung der gewerkschaftlichen Versicherung in Zeiten der Arbeitslosigkeit wenig helfen würde, da die zuerst und am längsten arbeitslos werdenden Arbeiter in der Hauptsache Arbeitervereinen gar nicht angehören. Die städtischen Verwaltungen im Besonderen werden diesen Winter wiederum die Erfahrung gemacht haben, daß sie der Fürsorge der Arbeitslosen doch nicht entgehen und mindestens ebensoviel Ausgaben, aber vielmehr Schererei und Unannehmlichkeiten haben, als wenn eine Arbeitslosen-Versicherung unter Hineinziehung der Arbeiter und Arbeitgeber organisiert wäre. Die Kommunalverwaltungen müßten daher die eifrigsten Anwälte der obligatorischen kommunalen Versicherung sein. Aus diesen und noch vielen anderen Gründen kommt der Artikel zu folgendem Schluss:

„Soviel ist jedenfalls gewiß, daß eine alle Arbeiter umfassende Arbeitslosen-Versicherung ohne Hilfe des Staates nicht zustande kommen kann. Er muß sich der Arbeitslosen annehmen, wenn etwas Einheitliches und Vollkommenes geschaffen werden soll, ebenso wie er sich auch der kranken, invaliden und von einem Unfall betroffenen Arbeiter angenommen hat; sei es nun, daß er mit eigenen Mitteln das Zustandekommen einer Arbeitslosen-Versicherung fördert, sei es, daß er Kraft seiner Autorität und Machtsbefugnis dieser zweifellos brennenden Frage zu ihrer Lösung verhilft. Ohne die Sicherstellung der Arbeiter für den Fall der Arbeitslosigkeit entbehrt aber die gesamte Arbeiter-Versicherung ihres Schutzzesteins, der allein dem erhabenen Bau eine unbedingte Festigkeit verleiht kann. „Man kann nicht erwarten,“ so sagt Prof. Herkner, „daß unsere Arbeiter mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung einen aufrichtigen Frieden schließen, so lange sie ihnen keine ausreichende Schutzwehr gegen den Abgrund der Arbeitslosigkeit errichtet.“ Deshalb also voran, der Worte sind genug gewechselt, lasst uns endlich Thaten sehen! Thaten, die unsrer einzigen dastehenden sozialpolitischen Gesetzgebung die Krone aufsetzen, Thaten, auf die das Ausland mit Respekt hinschauen muß und von denen es zu unserm Ruhm wieder heißen wird: „Made in Germany.“

Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. Der zweite Jahresbericht des Arbeitersekretariats von Frankfurt a. M. ist vor kurzem erschienen. Derselbe äußert sich im Allgemeinen recht günstig über die Erfolge der im zweiten Jahre bestehenden Einrichtung. So heißt es in der Broschüre:

Aus der Thatsache, daß die Frequenz des Sekretariats von der Zahl 16 076 im Jahre 1899 auf die Zahl von 20 756 im Jahre 1900 gestiegen ist, können wir ohne Selbstläusichung den Schluss ziehen, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu unserem Institute ein ganz

bedeutendes ist. Und nicht nur das der Arbeiterschaft, auch des sogenannten Mittelstandes, das heißt der mittelständischen, kleinen, selbstständigen Meister, Handwerker, Geschäftslente u. s. w. ja, noch mehr. In Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung erschienen oft die Chefs großer Gtablissements, oder in deren Auftrag bevollmächtigte Vertreter bei uns, um Rat einzuholen. Ein verhältnismäßig nicht unbedeutender Theil derselben erkannte bei Differenzen rein juristischen Charakters ohne Bedenken das Sekretariat als die geeignete Instanz an. In einigen, allerdings wenigen Fällen erklärten bei Streitigkeiten die Unternehmer, daß sie unseren Schiedsspruch als bindend anerkennen würden, und sie thaten es auch. Immerhin waren das Seltenheiten. Charakteristisch für eine solche Ausnahme ist ein Brief, den der Inhaber eines größeren Betriebes an einen Angestellten schrieb; in diesem verwies er den Betreffenden direkt an das Arbeiterssekretariat und bemerkte dabei: „... da wir mit Ihnen grundsätzlich nur vor dem Arbeiters-Sekretariate verhandeln ...“ So weit wir mit Behörden zu thun hatten, konnten wir fast stets feststellen, daß das Entgegenkommen ein freundliches war.“

Recht gute Beziehungen hat das Sekretariat mit der Gewerbe-inspektion unterhalten. Da ist zu lesen:

„Die Regl. Gewerbe-Inspektion wurde durch das Sekretariat über erhebliche Mißstände in einer Reihe von Betrieben informirt. Wie dem Bureau später von Arbeitern der einzelnen Betriebe berichtet wurde, nahm der Herr Gewerbe-Inspektor Veranlassung, die angegebenen Mißstände zu prüfen und für Besichtigung derselben zu sorgen. In einem besonderen Halle erbat sich der Gewerkschafts-Sekretär seitens des Gewerbe-Inspectors Rückäußerungen über den Befund der geschilderten Mißstände. Bereits nach wenigen Tagen erfolgte von dem Herrn Gewerbe-Inspektor eine Mittheilung, welche das Vorhandensein der Mißstände bestätigte. Aus Vorstehendem ergiebt sich die Geneigtheit des Gewerbe-Inspectors Herrn Kliever, mit den Vertrauensleuten der Arbeiter-Organisation Fühlung zu nehmen.“

Eine Wohnungsinspktion hatte im vorigen Jahre die Stadtverordneten-Versammlung in Offenbach eingerichtet. Der erste Bericht über diese neue Einrichtung ist nunmehr erschienen und verbreitet sich insbesondere über die Arbeiterwohnungen und das Schlafstellenwesen, daneben über Armut und Sittenlosigkeit. Zur Zeit sind in Offenbach vorhanden 12 384 Wohnungen; darunter 5060 mit drei Räumen, 4642 mit 4 Räumen und 2320 mit 5 und mehr Räumen. Zweizimmerwohnungen sind nur 263 vorhanden. Von großem Interesse sind die Mietpreise in alten und neueren Stadttheilen:

Art der Wohnung	Zahl der Räume einschließlich Küche								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. ganz alte Häuser und kleine Räume	50	100	144	170	—	—	—	—	—
II. Altstadt	70	140	244	360	550	750	1000	1200	1400
III. Neustadt	90	180	320	450	650	800	1100	1400	1600

Mietpreis pro Jahr in Mark

Hierach müßte also ein Arbeiter, der bis Mark 20 Lohn, in der Neustadt eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche miethen wollte, Mark 6 pro Woche oder über drei Gehalte seines Verdienstes für Miete ausgeben. Dieser Zustand schließt die Arbeiterbevölkerung von den Wohnungen in neueren und gesünderen Stadttheilen fast ganz aus. Kellergeschosse wurden 6 und Wohnungen unter Dach 13 angetroffen; ferner 1512 Schlafstellen und 1413 Schlafstellen für Dienstboten z. Bis April werden voraussichtlich 163 Wohnungen infolge Neubauten beziehbar. 13 Wohnungsverbote wurden in sanitärem Interesse erforderlich; 23 Fälle von Konkubinat wurden gemeldet.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß es eine ernste Nothwendigkeit sei, daß die Stadt die Errichtung von Arbeiterwohnungen in die Wege leite in einer Weise, die dem Arbeiter ermögliche, eine billigere gesunde Wohnung zu erlangen. Bei dem Mangel an genügenden Wohnungen ist es zur Zeit nicht thümlich, alle nicht einwandfreien Wohnungen zu schließen. Auch würde eine solche Maßregel zu einer bedeutenden Schwächung der Grundbesitzer in der Altstadt führen. Das derzeitige Schlafstellen-Unwesen habe teilweise traurige Verhältnisse zur Folge.

Eine zur Beurtheilung der Versicherungspflicht tageweis beschäftigter Arbeiter bemerkenswerthe Entscheidung hat das Reichs-Versicherungsamt im letzten November gefällt. Ein Fabrikant hatte zwei Arbeiterinnen im Zeitraume mehrerer Wochen beschäftigt. Obwohl es nun nicht feststand, daß dies in jeder Woche die erste versicherungspflichtige Beschäftigung gewesen war, hatte die Versicherungsanstalt dennoch vom Fabrikanten die Entrichtungen von Beitragsmarken auch für die Wochen gefordert, in denen der Fabrikant nach seiner Behauptung nicht der erste Arbeitgeber, also nicht der nach § 200 Abs. 2 des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes Beitragspflichtige gewesen war. Der Fabrikant verweigerte die Zahlung der Beiträge mit der Begründung, daß ihm erst nachgewiesen werden müsse, daß er, entgegen seiner Behauptung, doch der erste Arbeitgeber in den streitigen Wochen gewesen sei. Die Versicherungs-

anstalt dagegen verharrte bei ihrer Forderung und führte aus, zur Begründung der Beitragspflicht des Fabrikanten genüge der von ihr erbrachte Nachweis, daß die Arbeiterinnen während der umstrittenen Wochen über Haupt bei ihm beschäftigt waren. Wollte sich der Fabrikant von der Verpflichtung, die Beiträge zu zahlen, befreien, so habe er nachzuweisen, daß nicht er, sondern ein Anderer der erste Arbeitgeber während der betreffenden Wochen gewesen sei. Die Sache ging an das Reichs-Versicherungsamt, und dieses schloß sich in seinem Urtheile der Rechtsauffassung der Versicherungsanstalt an.

Die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter will der französische Handelsminister Millerand durch einen Gesetzentwurf regeln, den er bereits der obersten Kommission für Arbeiterschutz unterbreitet hat. Das Gesetz aus dem Jahre 1848 schreibt ein Maximum von 12 Stunden für die genannte Kategorie von Arbeitern vor. Aber durch ein Dekret von 1851 wurde dieses Gesetz mit zahlreichen Ausnahmen durchbrochen und erlangte deshalb praktisch kaum viel Bedeutung. Späteren Verordnungen über die Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Industrien schufen nur noch größere Ungleichheiten, und jedenfalls konnte der Arbeitstag der erwachsenen männlichen Arbeiter als gesetzlich unbestimmt angesehen werden. Nur in gemischten Betrieben, wo sie mit Frauen oder Kindern zusammen beschäftigt waren, unterstanden die Arbeiter seit Erlass des Gesetzes vom 30. März 1900 den gleichen Schutzbestimmungen wie diese. Diese Gleichartigkeit der Behandlung hatte übrigens indirekt den langandauernden Ausstand der Tüll- und Spizenarbeiter von Calais veranlaßt, und wesentlich, um jenen Konflikt lösen zu helfen, scheint jetzt der Handelsminister Millerand das erwähnte neue Dekret vorzubereiten. In einer besonderen Bestimmung erklärt es, was die erwachsenen Männer betrifft, die Tüll- und Spizenfabrikation mit mechanischen Webstühlen ausdrücklich von dem Gesetz vom 30. März 1900 ausgenommen. Im Übrigen regelt es systematisch für die einzelnen Industrien die Überzeiten, die über das nach dem Gesetz von 1848 festgesetzte Maximum von 72 Stunden zulässig sind. Diese Überzeit variiert von einer halben bis zwei Stunden. Doch kann der Unternehmer nur mit vorheriger Erlaubnis des zuständigen Fabrikinspectors die Überzeiten einführen, die übrigens in ihrer Gesamtkennung 100 Stunden pro Jahr und Arbeiter nicht übersteigen dürfen.

Die Auswanderung über deutsche Häfen hat im Jahre 1900 gegen das Vorjahr zugenommen, damit ist aber nur die Auswanderung von Ausländern gemeint, die Auswanderung von Deutschen weist eine Abnahme von fast 3000 Personen auf. Über Bremen wanderten 95 961 Personen aus gegen 86 218 im Vorjahr, darunter deutsche Reichsangehörige 9073 gegen 9126 in 1899. Über Hamburg sind 80 858 Personen ausgewandert, rund 20 000 mehr als im Jahre vorher, davon nur 7617 Reichsdeutsche oder 3000 weniger als 1899. Die nichtdeutschen Auswanderer entfallen in der Haupstache auf Rußland und Österreich-Ungarn, und zwar wanderten aus über Bremen: aus Österreich 27 763 (21 945), aus Ungarn 31 626 (27 945), aus Russland 25 811 (26 453); über Hamburg: aus Österreich-Ungarn 28 003 (19 920), aus Russland 40 452 (30 941), außerdem aus Rumänien 4277 (1618).

Das Hauptziel der Auswanderung waren wiederum die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Bericht des Bremer Kommissars hebt besonders den Rückgang der Auswanderung nach Brasilien hervor und bemerkt dazu:

Die Zahl der Auswanderer nach Brasilien betrug in dem Berichtsjahre nur 191 Köpfe, während dieselbe im Vorjahr 742 Köpfe ausmachte. Die Ursachen dieser Abnahme sind einerseits auf das Einwanderungsverbot, welches die brasilianische Regierung gegen Galizier 1899 erließ, zurückzuführen, andererseits aber in dem Umstande zu suchen, daß der Norddeutsche Lloyd seine regelmäßigen Fahrten nach Brasilien wegen der großen Truppentransporte nach China sehr einschränkte. Nach den in Südbrazilien beständlichen deutschen Kolonien der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft hat aus demselben Grunde im vergangenen Jahre so gut wie gar keine Auswanderung stattgefunden; da der Norddeutsche Lloyd den für die deutschen Kolonien Südbrasilien in Frage kommenden Häfen von San Francisco nicht anlaufen ließ, wurden die Auswanderer über Hamburg dorthin befördert. Die wenig erhebliche Auswanderung nach den Kapital-Staaten fand hauptsächlich nach Buenos Ayres statt. Die schon früher schwache Auswanderung nach Südafrika hat infolge des Krieges zwischen England und den südafrikanischen Republiken fast ganz aufgehört. Nach allen anderen Auswanderungs ländern hielt sich die Auswanderung in derselben Höhe wie im vorhergehenden Jahre.

Russlands Außenhandel in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hat gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs einen kleinen Werthzuwachs erfahren, wobei aber zu berücksichtigen bleibt, daß damals ein starker Aufschwung zu verzeichnen war. Der Gesamt-Außenhandel erhöhte sich um 16,1 Mill. auf 565,8 Mill. Rubel; hinter dem 1. Halbjahr 1898 bleibt er aber um 61,9 Mill. Rubel zurück. Es betrug im 1. Halbjahr:

des Ortsverbandes überbrachte der Vorsitzende derselben, Genosse P. Sprote, wünschend, daß der Ortsverein der Tischler noch recht lange ein eifriges Glied im Ortsverband bleiben möge; sein Hoch galt dem Anwalt Herrn Dr. Max Hirsch. Den fünf Genossen Engelman, Höhm, Voigt, Klingebiel und Ehrlich, die zugleich ihr 25jähriges Mitgliedsjubiläum feierten, wurden für ihre Treue Ehrenabzeichen überreicht. Auch die Frauen der Mitglieder ließen das Fest nicht unbeachtet vorübergehen, sie widmeten dem Verein ein schönes Bauer; die Weihe derselben vollzog Genosse Albaum. Die hiesigen Ortsvereine der Maschinenbauer I, Fabrik- und Handarbeiter, Graphische Berufe und Schneider überreichten zum Andenken ein Fahnenbild. Herr Stadtverordneter Richter ermunterte in kürziger Ansprache die Anwesenden, treu zu ihrer Organisation zu halten, und forderte die noch Fernstehenden auf, sich den Deutschen Gewerkvereinen anzuschließen. Er hoffte auch von der Bürgerschaft, daß sie den Bestrebungen der Deutschen Gewerkvereine mehr Beachtung schenken möge; zum Schluß brachte er ein Hoch den Frauen des Vereins. Zwei Theaterstücke, je eins gespielt von Mitgliedern des Ortsvereins und der dramatischen Abteilung des Ortsverbandes, ernteten reichen Beifall. Ein in ungetrübter Stimmung bis in die frühen Morgenstunden während der Ball hielt alle Festteilnehmer fröhlich beisammen, und erst, als Frau Musika ermündend abzog, mußten sich alle bequemen, den häuslichen Gestaden wieder zuzuwandern. —

Nun Kollegen, gewiß ein fröhliches Fest, das jedem noch lange in Erinnerung bleiben wird. Doch verrauscht sind nun des Festes Klänge und ernste Arbeit tritt an ihre Stelle. Wie ihr so vollzählig zu diesem Fest erschienen seid, erscheint auch fernerhin zu den Versammlungen; die ernsten Worte, die am Fest euch zugerufen sind, macht sie zur That; laßt das Ideal, das unseren fünf Jubilaren während 25 Jahren vorgeschwebt hat: „Einer für Alle, Alle für Einen“ auch fernerhin unseren Leitstern sein und mit dem Bestreben: „Alles für und Alles durch die Organisation“ laßt uns in Treue und Ausdauer wirken und kämpfen für unseren Gewerkverein. Das sei die Lösung im neuen Vierteljahrhundert.

Otto Werner, Sekretär.

Langenöls. Die Feier des siebenjährigen Bestehens des hiesigen Ortsvereins der Tischler am 23. Februar gestaltete sich in Folge guter Betreuung der Mitglieder wie Gäste zu einer recht imposanten. Sowohl die Aufführung eines Theaterstücks wie die Vorträge des erst seit Kurzem aus den Mitgliedern des Ortsvereins gebildeten Sängerkörpers fanden ungeteilten Beifall. Der Vorsitzende Gen. Gläser führte in seiner Ansprache Wesen und Ziel unseres Gewerkvereins den Festteilnehmern in angiehender Weise vor Augen, so daß zu erwarten, daß sich unsere Mitgliederreihen um ein Bedeutendes verstärken werden, wenn jeder unserer zugehörigen Genossen auch in der Werbung mit thätig ist. Das die Feier beendigende Tänzchen hielt die Theilnehmer bis zum frühen Morgen beisammen.

R. Menner, Sekretär.

Betschau. Freiwillige Beiträge zu unserem hiesigen Ausstand gingen ein von den Ortsvereinen: Berlin (Königst.) 20,15, Rixdorf 3,10, Grünberg i. Schl. 6,50, Augsburg 3,80, Kuhla 4,55, Leipzig-Gohlis 3,-, Dresden 3,15 Mf., wofür wir den Ortsvereinen unseren aufrichtigen Dank aussprechen. — Die in Nr. 6 der „Eiche“ unter Berlin S.O. quittirten Mf. 20,— sind von Berlin VI (Pianoforte-arbeiter) eingegangen.

Für den Ortsverein der Tischler:

G. Machnow, Albert Noah, J. Bartsch,
Vorsitzender. Sekretär. Kassirer.

Patentliste

aufgestellt durch das Patentbureau von Richard Lüders in Görlitz.*

Patent-Anmeldungen:
(Einspruchsfrist bis zum 25. April 1901.)

- Sch. 14 734. Tischvorrichtung für Bettgestelle. — Wilhem Schleuning, Freihung, Oberpfalz.
- N. 5 296. Maschine zur Herstellung trapezförmiger Leisten. — S. Nagel, Cassel.
- H. 24 576. Werkzeug zum Bohren konischer Löcher. — Mathias Joseph Heil, Trier.
- M. 18 469. Vorrichtung zum Abreifen von Fässern. — Patrick J. Moran und Antonio S. Barboro, Memphis, Grif. Shelby, Staat Tennessee, U. S. A.

Patent-Erliehung:

- 119 347. Sägeangel. — R. Meisenhöller, Remscheid-Hasten.
- 119 348. Schutzvorrichtung für Abrichthobelmaschinen. — A. Zilch, Offenbach a. M.
- 119 349. Schlittenlagerung für Holzbearbeitungs-Maschinen. — J. S. Dram, Cleveland.
- 119 363. Verfahren zur Behandlung von Celluloidflächen. — A. N. Petit, Newark, U. S. A.
- 119 272. Vorrichtung zum richtigen Einstellen von Reisschienen. — H. Boller, Ludwigsburg.

Gebrauchsmuster-Eintragungen:

- 147 713. Stoßstange mit herangeschrückten Zungen an den Auflagewinkeln für die Rollenzapfen. — W. G. Bühl, U.-Barmer.
- 148 085. Servierbrett mit durch Eindrücken des Einfahrrahmens und mittels der Griffnieten an letzterem festgehaltener, mit Bieranstrich versehener Metallblecheinlage. — Friedrich Beller, Ludwigsburg, Württ.
- 147 812. Durch Einfügen auswechselbarer Armlehnen, Brustwehr und Fußstütze aus einem gewöhnlichen Stuhl hergestellter Kinder- resp. Krankenstuhl. — Ernst Giesel und Dr. Schäfer, Gleiwitz.
- 148 004. Beichtstisch, der auch als Staffelei benutztbar, mit Bahnstangengetriebe zum Heben und Senken und Rogen- schiene zum Schräg- oder Aufrechtstellen der Beichenplatte. — Eduard Grünwaldt, Berlin.
- 147 811. Fuchsenschwanzsägengriff mit längsgefaserter Handgriff und Bruchversteifung am Rücken durch quer dazu gefaserte Holzeinlage. — Brandenburger & Wierths, Remscheid.
- 147 722. Verstellbarer Beichenwinkel, bei welchem ein größeres Gelenkauge des einen Schenkels zwischen zwei kleineren Gelenkugen des zweiten Schenkels liegt und die Ränder der Augen auf beiden Seiten mit Gradeintheilungen versehen sind. — Adolf Schmidt, Dresden-Löbtau.

*) Auskünfte ohne Recherchen werden den Mitgliedern wie Abonnenten dieser Zeitung durch das Bureau kostenfrei ertheilt.

Seuilleton.

Rabenjämer.

Von Willy Weber.

(Nachdruck verboten.)

Große Überraschungen hat uns der Karneval 1900 nicht gebracht, es ist vielmehr alles im gewohnten Geleise gegangen: Die üblichen Volksmaskenhäle in „Stadt Prag“ und im „Kronprinzen“, die Schlittenpartie in Kostüm, veranstaltet von der Ressource, der Maskenball der Gesellschaft „Erholung“ und jetzt kam der Fastnachtsball der „Concordia“. Den machte Federmann mit, der sich auch nur halbwegs zur Gesellschaft rechnete und deshalb ging's auf dem Ball immer recht fidel her. Selbst für Junggesellen war die Theilnahme geboten, denn es ging nie ohne eine „schwere Sitzung“ ab. Schließlich war der Ball das letzte Vergnügen der Saison und so hielt auch ich es für eine moralische Pflicht, denselben mit meiner Gegenwart zu beehren.

Im vorigen Jahre hatte ich mich ganz prächtig unterhalten: ich hatte mit meinem Herrn Chef zweimal die Gläser zusammengestoßen und vergnügt lächelnd „Prost“ gerufen. Mit dem Prokuristen hatte

ich eine Flasche Rothspohn ausgestochen und mit dem Kassirer drunter in der „Kutschertube“ zwei goldgelbe Bissener geleert. Getanzt hatte ich mit des Chefs Tochterlein Marie, bei der Damenwahl hatte mich für eine Runde deren — Mutter engagirt! Na, mehr konnte doch ein „junger Mann“ in dem Farbwaren-Engros-Geschäft von Joh. Chr. Gehe & Co. nicht verlangen!

Mit Schrecken allerdings erinnerte ich mich jenes Aschermittwochs. Ich war gegen Morgen nach Hause gekommen, etwas unsicher, schwankend, eine akute Alkoholvergiftung machte sich bemerkbar. Ich hatte Mühe, die Zeiger der Uhr darauf zu fixiren, daß es jetzt 5½ Uhr sein müsse, — ein ganz komischer Knall schien mir der Sekundenzeiger zu sein: der tickte auf dem Zifferblatt genau so lustig wie in meinem Kopf. „Ne merkwürdige Uhr, die zwie Sekundenzeiger hat.“ Also hatte ich noch drei Stunden, um auszuschlafen. Da mußte ich mich dazu halten, ich musste dreifach schneller schlafen, als in normalen Nächten. Und dann — ja, in welches Bett sollte ich mich denn hineinlegen?

Überhaupt, — seit wann standen denn zwei Betten in meinem Schlafzimmer? Als ich Licht angezündet hatte, hatte ich deutlich gesehen, daß ich nur eine Kerze angezündet hatte, — jetzt standen zwei

auf dem Nachttisch. Meine Haare sträubten sich empor, sah ich denn wirklich alles doppelt? „Blödsinn“, murmelte ich, „Blödsinn, ich kann doch 'nen Posten vertragen, 'nen Posten vertragen; die paar Glas Wein, paar Glas Wein, die paar Pilsener, paar Pilsener, — ein Cognac, Cognac, noch ein Cognac, Cognac . . .“, ich hielt erschrocken inne. Sah ich denn nicht nur alles doppelt, sondern redete ich auch alles doppelt? Ich tastete nach dem Stiefelknecht. Zwei Exemplare standen in deutslichen Umrissen vor mir. „Das ist ja noch verrückter, noch verrückter,“ stammelte ich und als ich Anstalten machte, mich eines der Stiefelauszieher zu bedienen, kriegte mich jemand im Nacken zu fassen und warf mich auf das Bett. „Nun, seien Sie so gut, sind Sie so gut,“ rief ich erregt aus, „ich verbitte mir das, verbitte mir das, da muß doch die Polizei, die Polizei . . .“, ich versuchte mich aufzurichten. Aber als ich sah, daß auf dem Nachttisch schon drei Kerzen brannten und drei Stiefelknechte auf der Decke neben einander standen, kriegte ich's mit dem Gruseln. Stöhnd verbarg ich meinen fieberbeizten Kopf in den fünf bis sechs Kissen, die ich um mich herumliegend erblickte und schlief ein.

Am nächsten Morgen wurde ich sehr unsanft aufgerüttelt. „Sie müssen doch ins Komptor“, rief meine Wirthin. „Sie sind ja heute ganz konfusse. Sie liegen ja verkehrt im Bett und haben nur einen Stiefel ausgezogen. Den Schaden, den Sie angerichtet haben, schreibe ich auf die nächste Monatsrechnung. Jetzt ist's bald zwölf Uhr, — was soll denn Ihr Chef denken?“

Ich starrie sie verständnislos an. Dann stand ich auf, mechanisch, mit bleischwerem Kopf und bleischweren Gliedern. Ich wusch mich, — ein heftiger Schüttelfrost machte meine Hände zittern. Ich fuhr mit dem Schwamm über Kopf und Gesicht, — das kalte Wasser zischte fast hörbar auf. Ich erinnere mich heute noch, daß ich vor dem Morgen-Kaffee ein entsetzliches Grauen empfand, daß ich nach der Zeitung griff und zu lesen versuchte. — „Aschermittwoch, — vorbei, der Fasching — Karrenjammer —“, — ich setzte mich an's Fenster und schaute hinaus auf das Getriebe der Straße. Da fühlte ich, wie sich die Hand eines Riesen schwer auf meinen Kopf legte, ich fühlte, daß der Daumen und Zeigefinger an meinem Kehlkopf tasteten, ich schluckte hoch auf und plötzlich — trieben mir die Tränen die Bäden hinunter. Ich schluckte, schluchzte, weinte und stöhnte, — das „grau Glend!“

Ich schickte nach dem Komptor und ließ den Kollegen an der Kasse bitten, mich zu vertreten. Dann ließ ich den Arzt holen. Der lachte. „Ach,“ meinte er, „trinken Sie eine Tasse heißen Zieder-Thee, dann legen Sie sich in's Bett und schlafen ordentlich aus. Morgen sind Sie wieder auf dem Posten; Ihnen fehlt nur Schlaf, Sie sind ein Aschermittwochs-Kranker.“

Und wirklich war ich am nächsten Morgen ganz gesund!

* * *

Diese Lehren praktisch zu verwerten, hatte ich mir dies Jahr fest vorgenommen. Es war mir freilich von vornherein klar, daß mein körperlicher Zustand am Aschermittwoch 1901 sich von dem anno 1900 nicht sonderlich unterscheiden würde. Ich würde wieder mit dem Chef anstoßen, wieder mit dem Prokuristen Rothwein und dem Kassirer Pilsener trinken. Ich würde wieder mit Mariechen tanzen, — ein blitzsauberes Mädchen war sie! — und im Damen-Engagement

würde die „Chefin“ vielleicht wieder . . . Die Pausen würde ich ganz sicherlich durch Cognac auffüllen. Da fehlte am Aschermittwoch also nur Schlaf. Den mußte ich mir verschaffen, es konnte kosten, was es wollte. Schließlich war ich auch 'mal einen Tag entbehrlich, im schlimmsten Falle konnte mich der Herr Prokurist vertreten.

Ich schrieb ihm also jetzt schon einen Brief. Er möchte doch die Güte haben, für Mittwoch die laufenden Arbeiten für mich zu erledigen. Ich sei zu Gegendiensten gern bereit. Heute sei ich plötzlich erkrankt. — Schüttelfrost, Fieber, — man könne gar nicht wissen, was sich daraus entwickeln würde.

Diesen Brief übergab ich der Wirthin mit der strikten Anordnung, daß er am Fasnacht-Abend in den Postkasten geworfen würde. Ob meiner gelungenen List empfand ich viel Freude: ich würde schlafen bis in die Pechhütte und der Prokurist — ha, ha, ha, der sollte sehen, wie er fertig würde!

Der Fasnachtsball verlief genau so, wie ich es voraus gesehen hatte, nur wurden die Hauptabschritte der einzelnen Phasen für mich noch weit bemerkenswerther. Mit dem Chef durfte ich vier Mal anstoßen, er begnügte sich bei den letzten beiden Malen nicht mehr mit einem stummen Kopfnicken, sondern erwiederte auf mein: „Zur Gesundheit, Herr Chef“, sehr deutlich, daß es die Umschenden hören konnten: „Ich danke Ihnen, — gleichfalls, — Herr Weber.“ Mariechen wurde puterroh, ihre Mama gab mir mit dem Fächer einen leichten Schlag auf die Hand. All' das vermirrte mich derart, daß ich mein Glas auf einen Zug leerzte.

Und auf meiner Tanzkarte: vier Mal hatte ich Fräulein Marie eingetragen, Polonaise, ersten Walzer, Quadrille, Schlussgalopp. So schwiebte ich zwischen einem Tanz und einem Glas Rothwein hin und her! Da kam die Damenwahl. Ich hatte mich in eine entlegene Ecke gedrückt, denn die „Chefin“ . . . sapperton, die hatte ihre 75 Kilo, und da ist's ein schweres Stück Arbeit, glatt mit herum zu kommen.

Da flatterte etwas Leichtes, Weißes auf mich zu. „Na, Willy? . . . Oooh, entschuldigen Sie, Herr Weber, — wenn ich bitten darf . . .“ Marie war entzückend in ihrer Verlegenheit. „Mama läßt sich entschuldigen, sie sagte, ich solle sie nur vertreten, das sei Ihnen ja doch viel lieber, — damit walzen wir los!“

Ich empfand nach allen diesen Eindrücken in mein Gemüthsleben eine gewisse Gehirn-Depression. Es war mir klar: ich war der Bevorzugtesten Einer. Mit scharfem Blick übersah ich die Situation. Kein Zweifel: Marie —, meine Frau, und ich das „Compagnie“ in der weibekannten Firma Joh. Chr. Gehe. Das waren Aussichten . . . !

„Gratulire,“ rief mir der Prokurist zu, „Sie haben den Vogel abgeschlossen, profit auf die Verlobung.“

„Profit,“ entgegnete ich bestürzt und leerzte wieder ein Glas. Ich empfand einen recht brennenden Durst. „Die Kehle ist mir von dem vielen Tanzen wie ausgedörrt,“ meinte ich entschuldigend.

„Ach, da gibt's ein Mittel,“ mischte sich der Kassirer ins Gespräch, „da drunter in der Kutscherslube ein, zwei Pilsener, die löschten den Brand besser und gründlicher wie die Feuerwehr.“

(Schluß folgt.)

Amtlicher Theil.

89. Bureaustellung.

Verhandelt Berlin, den 11. März 1901, Vormittags 10 Uhr.

1. Potsdam. Von dem Schreiben des früheren Kassirer Teuber, Differenz des Bildungsfond betreff., ist Kenntniß genommen. Eingeforderter Bescheid des Ausschusses wird umgehend erwartet.

2. Coblenz. Zur Beschaffung des beantragten Spindes ist der Höchstbetrag bis 20 M. aus der Ortsvereinskasse zu zahlen, bewilligt.

3. Freiburg. Von der Meldung, daß durch Vergleich die dortige Lohnbewegung in der Kügler'schen Gehäusefabrik beigelegt ist, ist Kenntniß genommen und wird dem Generalrathe Mittheilung gemacht werden.

4. Pr.-Stargard. Der Antrag des Mitgliedes 7115 Kühn, auf Bewilligung von Rechenschutz wegen Borenhaltung von Krankengeld seitens der Würtembergischen Krankenkasse, wird vertagt. Die Einsendung des ärztlichen Attestes, Meldung des Anfangs und Endes der Krankheit sowie des Statuts der betreffenden Kasse, welche hiermit verlangt wird, ist zur Beschlusssfassung nothwendig.

5. Köln. Bevor nicht das Erkenntniß des Prozesses zur Einsicht vorliegt, kann Anweisung auf Zahlung der Rechtsanwaltskosten in der Klagesache 1559 Hamm nicht erfolgen.

6. Görlitz I. Dem Antrage des Vereins auf Ausschließung des Mitgliedes 8800 Roschlik, wegen Weigerung desselben aus dem Holzarbeiterverband auszutreten, wird stattgegeben.

7. Jaworzlaw. Die gemeldeten Neuwahlen des Vorsitzenden, Sekretärs und Revisors werden im Namen des Generalrathes bestätigt. Zur Beschaffung eines Kassirerspindes ist der Betrag bis höchstens 20 M. bewilligt und der Ortsvereinskasse in Ausgabe zu stellen.

8. Dr.-Pieschen. Die von dem Ausschuß sowie dem Mitgliede 4865 Albrecht über von letzterem zurückzuzahlende Reiseunterstützung vorliegenden Schreiben werden brieflich erledigt.

9. Wittenberg. Aus dem eingeforderten Bescheid des Ausschusses, welcher durch eine Beschwerde des Mitgliedes 6413 Rose veranlaßt wurde, ergiebt sich, daß eine unverschuldet Arbeitslosigkeit nicht vorliegt, es wird die Angabe vermißt, bis zu welcher Woche das Mitglied die Beiträge bezahlt hatte, als es gestrichen wurde und wann die Streichung erfolgte; bestimmte Antwort wird erwartet.

10. Festenberg. Von der Meldung des Kassirers, daß das Mitglied 8045 Sievert unrechtmäßiger Weise Wanderunterstützung von ihm zu erlangen suchte, welche derselbe schon von den Kassirern der Ortsvereine Wittenberg und Görlitz schon erhalten hätte, trotzdem das Mitglied, wegen der im § 3 des Reglements vorgesehenen Wartezeit noch nicht bezugsberechtigt ist, ist dankend Kenntniß genommen. Die Kassirer haben sich vor Auszahlung solcher Unterstützungen in ihrem eigenen Interesse von der Bezugsberechtigung zu überzeugen, da in jedem Fall, die zu Unrecht gezahlte Unterstützung der Kasse wieder zuzuführen ist.

11. Zeitz II. Die zu Gunsten des Mitgliedes 6613 Reisland (Zeitz II) zugegangene Verhandlung des Schiedsgerichts wird dem Generalrathe unterbreitet werden.

12. Dem Mitgliede 8512 Jähnig-Dr.-Pieschen ist Stundung der Beiträge bis einschließlich 12. April bewilligt.

13. Arbeitslosenunterstützung ist für den Arbeitstag M. 1,25 zu zahlen an: 6613 Reisland - Zeitz II. v. 9. 12. 1900. (Beitragabst. 50. W.); 2162 Geffrodt v. 18. 3. (Beitragabst. 12. W.) — 1383 Kowalski v. 11. 3. (Beitragabst. 11. W.) — 1378 Brederow

vom 2. 3. alle drei Berlin (Nord) Beitragabst. 11. W.); — 4853 Arnold v. 14. 3. (Beitragabst. 11. W.) — 4849 Herrmann v. 11. 3. (Beitragabst. 11. W.) beide Dr. Bieschen; — 3161 Heilmann-Haynau v. 11. 3. (Beitragabst. 11. W.) nur im Bedarfsfalle bis 4 Wochen; — 5831 Mindt-Pr.-Stargard v. 11. 3. (Beitragabst. 11. W.); — 4232 Nenner-Mannheim v. 11. 2. (Beitragabst. 7. W.); 3316 Kunz-Kaiserslautern ist vertagt, bis der letzte Krankenschein vorliegt.

14. In Arbeit: 4857 Leuterik-Dr.-Bieschen am 4. 3.; — 3960 Ebert-Leipzig-Ost am 16. 2. ausgesteuert; — 5157 Neugebauer-Haynau am 10. 3.; — 6318 Lehmann-Betschau am 4. 3.; — 840 Binspanf-Berlin V. am 5. 3.; — 2184 Schle-Elbing am 25. 2., § 7 des Reglements ist nie außer Acht zu lassen; — 1243 Neumann-Breslau II. am 1. 3.; — 3792 Brücker-Lauterbach am 5. 3.; — 5237 Buchmann-Rudolstadt am 4. 3.; — 8895 Bader-Laupheim am 20. 2. durch eingetretene Krankheit; — 216 Böbling-Berlin (Erster) am 6. 3., aus demselben Grunde; — 1874 Adam-Dresden am 11. 3.; — 378 Bradenah-Berlin (Erster) am 24. 2. (§ 7 des Reglements).

Schluss der Sitzung 1 $\frac{3}{4}$ Uhr Nachm.

Das Bureau:

M. Wahlke,
Vorsitzender.

E. Gatzner,
Schatzmeister.

P. Waubach,
Generalsekretär.

Versammlungen.

März.

Berlin (Erster). 16. Abds. 8 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Beitragz. Beitrag d. Lehrer Hrn. Wenzel: „Weshalb kommt ein wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiter nicht zu gut?“, Feier des 50 jährigen Gesellenjubiläum d. Mitgl. Hrn. W. Mösch.

Berlin (Königst.). 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. Koppestr. 65. Beitragz. Gesch.

Berlin (Moabit). 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Rest. Sprechhallen“, Körstr. 27.

Berlin (West). 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. Gr.-Görschenstr. 29. Gesch., Versch.

Berlin (Nord). 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in „Fey's Säle“, Brunnenstr. 184: Stiftungsfeier.

Berlin VI (Pianofortearb.) 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. Köpnerstr. 158 im Hof. Gesch., Urania-Villet zum 9. April Nachm. 4 Uhr; Wahl d. Besitzers u. d. Neithoren. Versch.

Berlin. Jeden Donnerstag, Abds. 9 Uhr, Übungsstunde des Sängerkhors der Hirsch-Düncker'schen Gewerksverein b. Kopsische, Grünstr. 20, pt.

Breslau (Holzarb.). 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Rest. z. grünen Löwen“, Büttnerstr. Gesch., Beitragz. u. a.

Bromberg. 17. Nachm. 8 Uhr, Vers. b. Wichterl am Fischmarkt. Beitragz., Versch.

Bruchsal. 17. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Schlösschenhaus“. Gesch., Beitragz.

Bütow. 24. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Dumröse, am Markt. Beitragz., Versch.

Charlottenburg. 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, b. Samusek, Windscheidstr. 29. Beitragz.

Cöln a. Rh. 17. Vorm. 10 Uhr, Vers. i. „Rest. Kölgen“, Hohepforte 10. Beitragz.

Danzig. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. Vorstadt. Graben 9. Gesch., Beitragz.

Dresden. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. Frauenstr. 12, I. Gesch., Beitragz., Versch.

Düsseldorf. 24. Abds. 6 Uhr, Vers. mit Damen, b. Jäger, Gruppelo- u. Karl-

strassen-Ede. Versch.; anschl. gemütliches Beisammensein.

Duisburg. 17. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Pölzer, Friedr.-Wilhelmpl. Gesch., Versch.

Freiburg. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grünen Baum“. Beitragz.

Gleiwitz. 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hüttengasthaus“. Gesch., Beitragz.

Göppingen. 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. rothen Ochsen“. Gesch.

Görlitz (Tischl.). 20. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. in der „Pilgerschänke“ Heilige-Grabstr.

Gesch., Beitragz., Versch.

Görlitz. 17. Nachm. 5 Uhr, Vers. in „Restaur. Adler“. Gesch., Beitragz.

Gräfenhain. 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. in „Burg Hohenzollern“. Versch.

Hagen. 17. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Haarmann, Wehringhauserstr. 39. Gesch.

Halle. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 9. Gesch.

Abrichtung v. Stiftungsfeier; Auszahlung d. x. Festbeiträge.

Jena. 23. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehaus“. Gesch., Versch.

Kall. 24. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Rest. Haupt“, Victoriastr. 78. Gesch., Beitragz.

Karlsruhe. 17. Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.

Landsberg II. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. b. Berbe, Priesterstr. 9. Beitragz., Gesch.

Langenbielau. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Restaur. Adam“. Beitragz., Gesch.

Leipzig. 24. Vorm. 12 Uhr, Vers. in „Bill's Tunnel“, Klostergasse. Versch.

Leipzig-Lindenau. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. in „Hönsch's Galerie“, Lützenerstr. 14. Beitragz.

Leipzig-Ost. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. i. „Rest. z. Kühlgarten“, Kronprinzenstr.

Lüdenscheid. 17. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Jaspert. Gesch., Beitragz., Versch.

Magdeburg. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. i. „Gasth. z. un. Löwen“, Georgenstr. 11.

Mannheim. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Gasth. Halbmond“. Beitragz.

Mr.-Gladbach. 17. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Breuer, alter Markt. Gesch., Beitragz.

Neu-Ulm. 25. Abds. 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Gasth. zur Rose“. Gesch., Beitragz.

Potschau. 16. Abds. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Gasth. z. gelben Löwen“. Beitragz.

Posen. 17. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Junge, Wasserstr. 27. Gesch., Beitragz.

Rixdorf. 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in „Graupner's Festhalle“, Stiftungsfeier.

Rothenburg. 17. Nachm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Gasth. zur Sonne“. Beitragz. 2c.

Rudolstadt. 23. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Gesch., Beitragz.

Schötmar. 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Odeon“. Gesch., Beitragz., Versch.

Sprottau. 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berger“. Gesch., Beitragz.

Pr.-Stargard. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. in der „Turnhalle“. Beitragz., Versch.

Stolp. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. b. Bugger, Synagogenstr. Gesch., Beitragz.

Stolpmünde. 17. Nachm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. in „Höhn's Hotel“. Beitragz., Versch.

Ulm. 16. Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vers. im „Gasth. z. Steinbock“. Gesch., Vereabend.

Striegau. 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Schwarzen Bär“. Beitragz.

Orts- und Medizinalverbände.

Elberfeld und Umgegend. (Ortsverband.) Sonntag, 24. März, Nach 5 Uhr, Versamml. b. Pf. Galler, Auer- und Alsenstr.-Ecke.

Rüdenscheid und Umgegend. (Ortsverband.) Sonntag, 24. März, Nach 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, b. Kästen in Winhausen bei Brügge. T.-D.: Regelung des Arbeitsnachweises, Berichte der Ortsvereine, Besprechung der Düsseldorfer Bewegung. Versch.

Anzeigen.

Sür Kurusmöbelfabriken

Akad. geb. Maler und Zeichner, tüchtig im Entwerfen moderner Neuheiten, im Besize eines Verfahrens, eine äußerst haltbare Malerei Landschaften, Figuren, Blumen auf Holz unter Politur herzustellen durch welche man genau den Holzwuchs sehen kann, sucht Stellung in einer größeren Fabrik. Probearbeiten stehen zu Diensten. S. unter S. G. 929 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

„Die Eiche“

Organ des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) u. verwandten Berufsgenossen

Jahrgang 1900

auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereinsbibliotheken, wie Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,50 einschließlich Porto durch die

Expedition Berlin O., Münchebergerstr. 15 II

zu beziehen.

D. R. P. No. 82834

Maschine zur Herstellung geschwitzter Verzierungen auf glatten od. profilierten Holzleisten.

Angebote auf das Patent oder auf Lizenzweise Übernahme der Fabrikation in Deutschland erbeten an Henry E. Schmidt, Patentanwalt, Berlin S.W., Blücherstr. 10.

Siehe per sofort oder später einen tüchtigen Mann, welcher die

Oberleitung

über die Holzbearbeitungs-Maschinen übernehmen kann und die vortheilhafteste Ausnutzung des Holzes versteht.

Möbelfabrik H. Schulze, Bremen.

Drei ordentliche Arbeiter finden dauernde Beschäftigung bei August Pfersich,

Kammfabrikant, Lindau i. Bodensee.

Ein tüchtiger Tischlergehilfe für Bau- und Möbelarbeit erhält dauernde Stellung in einer Tischlerei mit Motorbetrieb. Näh. durch den Arbeitsnachweis des Ortsvereins d. Tischler in Schötmar (Lippe), Brederstr. 281.

Ein Tischler auf Bau u. Möbel erhält sofort dauernd lohnende Arbeit bei H. Bueh, Tischlerstr. in Düsseldorf bei Quedlinburg, Grünestraße 20, pt.

Modellschreiner finden b. guten Lohn und lohnenden Auftrag dauernde Arbeit durch den Arbeitsnachweis d. Ortsv. der Tischler in Graudenz, Weichselstraße 3, b. C. Radunski.

Lehrlingsstelle gesucht, Kunstschriferei, mit Kost u. Pfleg gegen Entschädigung; christlich Angebote an Appelbaum, Charlottenburg, Kantstr. 28.

Einen Drechslergesellen mit einem Lehrling sucht zum sofortigen Antritt S. Büttner, Drechslermstr., Sprottau

Gebrauchsmuster PATENTE

Gegr. 1874. Warenzeichen

Richard Lüders, Görlitz

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins d. Tischler Schkeuditz befindet sich beim Genossen Paul Schubert Vorwerkstraße 3, H. II.

Der gemeinsame Arbeitsnachweis der Ortsv. der Tischler Berlin I bis VI, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt täglich geöffnet Vorm. von 8-10 Uhr.